



LÜBECKISCHE BLÄTTER

23. Februar 2019 · Heft 4 · 184. Jahrgang · Zeitschrift der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit

875 Jahre Lübeck – angekommen im 21. Jahrhundert (Teil 9, Schluss)

Wünsche, Visionen und handfeste Projekte für eine Stadt mit Zukunft

Bürgermeister Jan Lindenau im Gespräch mit der Redaktion der Grünen Blätter

Am 8. Februar besuchte Bürgermeister Lindenau die Lübeckischen Blätter und stellte sich 90 Minuten lang den Fragen der Redaktion. Wir waren überrascht, mit welchem Elan der Mann an der Spitze der Stadtverwaltung seine Aufgaben anpackt und wieviel Zuversicht er ausstrahlt, dass diese Kommune ihre Herausforderungen richtig erkennt und erfolgreich gestalten wird. In der Außenwahrnehmung sei Lübeck durchaus attraktiv und punkte mit Lebensqualität, jetzt sei es an der Zeit, die Stadtverwaltung selbst zu einem positiven Werbefaktor umzugestalten. Die Bewohner sollen die Stadtverwaltung als Dienstleister positiv wahrnehmen können und die Mitarbeiter der Stadt sollen sich mit ihrem Arbeitgeber identifizieren können. Beachtenswert und keineswegs selbstverständlich ist der Blick des Bürgermeisters auf die Mitarbeiter der Stadt: Kreativität und Modernisierungspotentiale seien in großem Maße vorhanden, bisher aber weder genutzt noch gewürdigt worden. Und dort, wo die Stadt viel zu bieten habe, trete sie bisweilen viel zu bescheiden auf.

Der folgende Beitrag gibt die im Gespräch behandelten Themen in der Reihenfolge wieder, wie sie dem Bürgermeister vorgelegt wurden. (ME)

Auswirkungen von Beltquerung und Hinterlandanbindung im Stadtraum

Auf die Frage, welche Wünsche die Stadt in Bezug auf Lärm- und Erschüt-

terungsschutz gegenüber der Deutsche Bahn AG habe, antwortete der Bürgermeister resolut, die Stadt habe keine Wünsche, sondern stelle Forderungen und definiere klare Ziele, die die meisten Menschen links und rechts der Bahntrasse betreffen. Die finanzielle Größenordnung, um die es dabei geht, liegt bei etwa 80 Millionen Euro für gesetzliche, vor allem aber übergesetzliche Schall- und Erschütterungsschutzmaßnahmen (Es gebe gesetzlich vorgegebene Schutzmaßnahmen und die Stadt fordere rund 50 Millionen Euro zusätzlich für „übergesetzliche“ Vorkehrungen). Über deren Akzeptanz entscheiden letztlich politische Gremien der Bundesrepublik. Bei der derzeitigen Akzeptanzlösung zwischen Deutscher Bahn und Stadt sind rund 35 Mio. Euro für übergesetzlichen Lärmschutz und rund 15 Mio. Euro für Erschütterungsschutz im Stadtgebiet von Moisling bis Bad Schwartau veranschlagt.

Der übergesetzliche Lärmschutz soll vor allem durch Lärmschutzwände bis zur maximalen Höhe von 6 Metern gewährleistet werden. Auf Einhausung-Lösungen sei aus Gründen der Höhe (9 m) wegen der Beeinträchtigung der Blickbeziehungen zur UNESCO-geschützten Altstadtsilhouette verzichtet worden. Wenn der aktive Lärmschutz (Wände) nicht ausreichen sollte, müssten weitere, „passive“ Maßnahmen (z. B. Schallschutzfenster) ergriffen werden, um die Grenzwerte einzuhalten. Die Forderungsliste aller betroffenen Gemeinden entlang der Hinterlandanbindung wurde am 14. Februar in Berlin dem zuständigen Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums erläutert und übergeben. Sie beläuft sich insgesamt und

vorläufig auf rund 550 Mio. Euro. Lindenau gab zu bedenken, dass die Wünsche und Forderungen in Schleswig-Holstein in Relation gesetzt würden zu den Schutzmaßnahmen in anderen Bundesländern.

Im Bereich der Autobahntrasse A1 liegen die Verhältnisse anders. Alle 8 Jahre werden bestehende Schutzmaßnahmen vom Bund geprüft und gegebenenfalls verändert. Lübeck erwäge in diesem Bereich keine Aktivitäten, eine Info-Broschüre zum Thema werde derzeit erstellt.

Die Modernisierung der Stadtverwaltung

Bis 2030 gehen 50 Prozent der heutigen Mitarbeiter in Pension. Das sei ein zu kurzer Zeitraum für die Erarbeitung einer Langzeitstrategie, so der Bürgermeister. Aber auch kurzfristig ließe sich einiges in Angriff nehmen und umsetzen. Ein Ziel ist es dabei, als Stadtverwaltung attraktiver zu werden, zum einen im Verhältnis zu den Bürgern der Stadt, zum anderen als Arbeitgeber. Die Stadtteilbüros werden für Besucher und Mitarbeiter derzeit mit einem hohen Standard an Ausstattung neu gestaltet und sie werden ein vernetztes Dienstleistungsangebot anbieten. Das vorhandene Personal wird derzeit geschult, um auf Einzelanfragen mit umfassenden Hilfestellungen in komplexen Verwaltungsstrukturen zu reagieren. Informationen sollen Fachbereichsübergreifend angeboten werden. Vorbereitet wird die Ausstattung der Stadtteilbüros mit Kinderspielecken sowie praktischen Hinweisen auf andere Dienstleistungen der Stadtverwaltung. Angestrebt werde ein

Foto auf der Titelseite: Sonntag, 17. Februar: Die ersten Frühlingsboten sind da.

(Foto: ME)

ganzheitlicher Auftritt in jedem Stadtteilbüro.

Wenn bis 2030 50 Prozent der Arbeitnehmer die Verwaltung verlassen haben, werden sie nicht 1: 1 ersetzt sein. Die notwendige Modernisierung der Verwaltung stellt dabei hohe Erwartungen an die Digitalisierung. Derzeit können Mitarbeiter, die mit Teillösungen der Verwaltungsarbeit beschäftigt sind, sich in einer neu eingerichteten Medienwerkstatt über Alternativen und Erneuerungen für ihren Arbeitsbereich informieren und sich weiterbilden. Eine Arbeitsgruppe mit Verantwortlichen aus den Teilbereichen der Verwaltung sitzt derzeit mit einer Gruppe von EDV Experten der Uni Lübeck und dem Ausrüster Mach AG zusammen, um eine neue Verwaltungssoftware zu entwickeln. Dieses Vorhaben werde, so Jan Lindenau, von der Landesregierung unterstützt und besitzt für Schleswig-Holstein Pilotcharakter. Was in Lübeck jetzt erarbeitet wird, soll für die Verwaltungen kleinerer Kommunen und Kreise anschließend Vorbildcharakter haben.

Ein großes Thema ist für den Bürgermeister eine Steigerung der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber. Im Konkurrenzkampf der Städte und Kommunen um die Gewinnung der besten Köpfe genüge es nicht, sich auf die allgemein als hoch eingeschätzte Lebensqualität Lübecks zu verlassen. Verbesserte Arbeitsbedingungen in den Büros, Sportangebote in der Arbeitszeit sowie ein Gesundheitsmanagement sind einige der von Jan Lindenau angesprochenen Maßnahmen. Eingerichtet werden soll auch eine Info-Zentrum für die Anwerbung von Mitarbeitern.

Ausstattung von Schulen

Im Juni 2018 ist der Auftrag vergeben worden, alle Schulen mit WLAN auszustatten, Ende 2018 war das Vorhaben zu 75 Prozent eingelöst, bis zum Sommer 2019 soll jede Schule versorgt sein. Angestrebt wird auch, dass jeder Schüler mit

einem iPad ausgerüstet wird. Der Bürgermeister will bei der Umsetzung keine Verzögerung aufkommen lassen: „Zur Not fangen wir mit eigenen Mitteln an.“ Eine Unterstützung durch Stiftungen erscheint ihm dabei als wünschenswert.

Bezahlbares Wohnen

Die Stadt hatte sich zum Ziel gesetzt, bis 2025 4.000 neue Wohnungen zu errichten. Bei einer Zusammenstellung aller bereits beschlossenen und genehmigten Bauvorhaben habe sich ergeben, dass dieses Ziel bereits 2023 erreicht sein wird. Große Wohnungsbauprojekte sind nach dem Urteil des Bürgermeisters dann ohne neue Bebauungsplanverfahren nicht möglich. Daran werde jetzt gearbeitet.

So etwas wie eine Wohnungsnot gäbe es in der Stadt nicht. Die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft Trave verfüge noch über freien Wohnraum. Zu 90 Prozent richteten sich die Wünsche von Mietern auf eine Verbesserung der Wohnsituation. Bei Kleinraumwohnungen sei der Markt angespannt. Der Mietpreis für soziale Wohnungen liege derzeit bei durchschnittlich Euro 5,95. Die TRAVE vermiete aber viel Wohnraum deutlich günstiger in einer Höhe zwischen Euro 4.80 bis Euro 5.20.

Der Beschluss des Sozial- und des Bauausschusses, bei Neubauten städtischer Gesellschaften einen 50 Prozentanteil an Sozialwohnungen zu erreichen, sei nicht machbar. Machbar sind nach Lindenau Worten 30 Prozent. Wer die Angebotsstruktur der TRAVE kenne, müsse davor warnen, das Ziel von 50 % anzustreben. Es könne kontraproduktiv wirken und eine Verteuerung preiswerten Wohnraums nach sich ziehen.

Entwicklungen in der Innenstadt

Gefragt, ob es nicht möglich sei, die von der Stadt selbst aufgestellten Re-

geln, Gebote und Verbote für das private Befahren der Innenstadt wirksamer als bisher zu kontrollieren, um so etwa den flotten Verkehr von Nichtbefugten in Wahnstraße und Königstraße zu drosseln, räumte der Bürgermeister ein, dass die Verwaltung länger als 10 Jahre der irrtümlichen Meinung gefolgt sei, man dürfe nur den ruhenden, nicht aber den fließenden Verkehr überwachen. Derzeit würden bis 2020 10 bis 15 neue Ordnungskräfte eingestellt und geschult.

Eine Nachfrage der Redaktion betraf den Wehdehof mit dem neuen Parkhaus und die Durchfahrt durch das Museum Buddenbrookhaus. Bürgermeister Lindenau ist sicher, dass das Parkhaus teilweise rückgebaut wird, dass die geplante Außengestaltung komme, der Treppenturm reduziert und das Dach des Parkhauses wie vorgesehen begrünt werde. Die zukünftige Durchfahrt durch das Buddenbrookhaus ist derzeit noch nicht endgültig geklärt, Lindenau: „Sie wird entweder im Haus Mengstraße 6 nach links wandern oder dort verbleiben, wo sie jetzt ist.“

Zeit für Visionen

Nicht alle Themen konnten in dem Gespräch gleichgewichtig behandelt werden. Und nachdem sich das Gespräch der Redaktion mit dem Bürgermeister ausgiebig mit dem brennenden Zukunftsthema Hinterlandanbindung sowie dem erklärten Lieblingsthema Lindenau, der Digitalisierung der Stadtverwaltung beschäftigt hatte, blieb nur noch wenig Zeit für einen weiteren Zukunftsausblick. Immerhin verkündete Jan Lindenau am Ende der 90 Minuten mit bescheidenem Stolz, dass der Senat soeben beschlossen habe, die Gebäude der Bundesbank anzukaufen. Die Diskussion darüber, wie die Gebäude genutzt werden, beginne jetzt. Er deutete an, dass er auch an die Völkerkunde denkt. Die Redaktion bedankte sich bei Bürgermeister Lindenau, und es wurde verabredet, das Gespräch miteinander fortzusetzen.

Sicher nach vorn – Perspektiven für Nachfolge und Stiftungen

Einladung zum Symposium am 7. März
Ort: Center for Brain, Behavior and Metabolism (BBM), Marie-Curie-Straße

Der deutsche Stiftungssektor erscheint höchst lebendig und auch die Bürgergesellschaft entwickelt sich in unserem Land beständig weiter. Immer mehr Menschen wollen sich gern engagieren. Dies gilt für Unternehmer und auch für Privatpersonen.

16.00 bis 17.30 Uhr: Gesprächsrunde mit Fachleuten

Dr. Markus Heul:
Deutsches Stiftungszentrum
Martina Wagner:
Gemeinnützige Sparkassenstiftung
Michaela Wilske:
Possehl-Stiftung
Titus Jochen Heldt:
Gemeinnützige

18.00 bis 19.45 Uhr: Podiumsdiskussion

Dr. Joachim Brenk, L. Possehl & Co.mBH
Ina und Michael Haukohl
Dr. Sven Murmann, Verleger
Felix Oldenburg, Bundesverband Deutscher Stiftungen
Prof. Dr. Andreas Schlüter, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Moderation: Andreas Bormann
Anmeldung: dsz-info@stifterverband.de